

INHALT

1. CDU: Politiker müssen für Wahlen werben dürfen
2. CDU kritisiert Habecks Pflanzenschutzmittelsteuer
3. CDU wirft SPD, Grünen und SSW reine Symbolpolitik vor
4. Franzen: Landesregierung schafft eine Zweiklassengesellschaft im Lehrerzimmer
5. Landtag stimmt fast geschlossen für Olympische und Paralympische Spiele
6. CDU fordert Stärkung der Freien Berufe in Schleswig-Holstein
7. CDU kritisiert Umsetzung des Bundesprogramms „Kulturmachtstark“ in Schleswig-Holstein
8. CDU setzt deutsch-deutsche Geschichte auf die Tagesordnung

14.10.2015

CDU: Politiker müssen für Wahlen werben dürfen **Landtag beschließt Antrag für mehr Wahlbeteiligung**

Mehr als ein Jahr haben die Fraktionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag darüber beraten, welchen Beitrag sie dazu leisten können, um die Wahlbeteiligung zu steigern. Drei Anträge lagen dazu dem Parlament heute Vormittag zum Auftakt der Oktober-Landtagssitzung vor. Die CDU hatte sich gemeinsam mit den Regierungsfractionen auf einen Antrag verständigt. Die Piraten forderten separat die weitere Befassung mit dem Thema durch eine Enquete-Kommission. Und die FDP hatte kurzfristig einen eigenen Antrag formuliert und eine Stärkung der repräsentativen Demokratie gefordert.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Daniel Günther, betonte in seinem Redebeitrag, dass die verabredeten Maßnahmen zwar ein wichtiger Beitrag, aber kein Allheilmittel seien, um die Wahlbeteiligung messbar zu steigern. In erster Linie sah er die politischen Parteien in der Pflicht, den Bürgerinnen und Bürgern deutlich zu machen, warum sie zur Wahl gehen sollten.

„Wir müssen unseren Job machen und den Menschen erklären, dass es sich lohnt zur Wahl zu gehen, weil Parteien unterschiedlich sind. Es darf keine Ausrede dafür geben, sich an Festtagen der Demokratie nicht zu beteiligen“, unterstrich Günther.

Der gemeinsame Antrag von CDU und Regierungsfractionen, der am Ende der Debatte um den FDP-Antrag ergänzt wurde, sieht unter anderem vor, dass Politikerinnen und Politiker auch in Wahlkampfzeiten Schulen besuchen dürfen, um mit Schülerinnen und Schülern ins Gespräch zu kommen. Dies war in der Vergangenheit ausgeschlossen. Ebenso sieht der Antrag vor,

Restriktionen bei der Wahlwerbung zu beenden. So war es beispielsweise bislang Gemeinden erlaubt, die Anzahl von Wahlplakaten erheblich einzuschränken. Dies soll nach dem Antrag nun geändert werden.

Während der am Ende gemeinsame Antrag von CDU, Regierungsfractionen und FDP verabschiedet wurde, erhielt der Antrag der Piraten für ein Enquete-Kommission nicht die Zustimmung des Parlaments.

Pressemitteilung zur Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Daniel Günther:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2015-10-14_Pressemeldung_5269.pdf

Antrag von CDU und Regierungsfractionen (vor der Landtagssitzung):

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3400/drucksache-18-3424.pdf>

Antrag der FDP (vor der Landtagssitzung):

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3400/drucksache-18-3463.pdf>



Daniel Günther, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion

CDU kritisiert Habecks Pflanzenschutzmittelsteuer

Unterschiedliche Zahlen zu Pestizidbelastung von Gewässern auf Bundes- und Landesebene

Auf Antrag der Regierungsfractionen berichtete Umweltminister Dr. Robert Habeck heute über Pestizidrückstände in Gewässern. Bereits im Juni hatte er dazu Zahlen veröffentlicht. Danach wurden Pestizide oder deren Abbauprodukte im Grundwasser in den Jahren 2010 bis 2014 an 139 der insgesamt 387 Grundwasser-Messstellen nachgewiesen. In 60 Fällen handelte es sich dabei um giftige Substanzen.

In seinem Redebeitrag verwies der agrar- und umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heiner Rickers, auf unterschiedliche Aussagen auf Bundes- und Landesebene. Im aktuellen Trinkwasserbericht von Bundessozialministerium und Umweltbundesamt sei nachzulesen, dass beim Parameter „Pestizide-Einzeln“ wie in den vorangegangenen Berichtsjahren die gemessenen Konzentrationen nahezu sämtlicher 253 überwachten und gemeldeten Wirkstoffe und deren Metaboliten unter dem Grenzwert von 0,0001 Milligramm pro Liter lagen. Die Präsidentin des Bundesumweltamtes habe erst vor zwei Tagen erklärt, dass sich die Qualität des Grundwassers in den vergangenen dreißig Jahren aufgrund zurückgehender Belastungen mit Pflanzenschutzmitteln verbessert habe. „Dass derartig widersprüchliche Meldungen im Lande nicht zur Klarheit sondern zur Verwirrung beitragen, liegt auf der Hand“, so Rickers.

Er bemängelte in diesem Zusammenhang, dass Habecks Bericht den von diesem jüngst vorgenommenen Vorstoß für eine Pflanzenschutzmittelsteuer völlig vernachlässige. Habeck hatte diesen Vorstoß mit einem von ihm in Auftrag gegebenen Gutachten des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung in Leipzig begründet. Demnach sei der Absatz von Pestiziden in Deutschland in den letzten 20 Jahren um fast 37 Prozent gestiegen. Habeck will laut Medienberichten mit seiner Steuer den Pflanzenschutzmitteleinsatz um etwa 40 Prozent pro Hektar verteuern. Rickers: „Diese Strafsteuer ist undifferenziert, sie verteuert die eingesetzten Betriebsmittel, ihre Wirkung ist mehr als zweifelhaft und nicht zuletzt ist die Agrarwissenschaft in die Bearbeitung des Vorschlags nicht einmal eingebunden gewesen.“

Link zum Bericht der Landesregierung:

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3300/drucksache-18-3319.pdf>



Heiner Rickers, Agrarexperte der CDU-Landtagsfraktion

CDU wirft SPD, Grünen und SSW reine Symbolpolitik vor Unkrautbekämpfungsmittel Glyphosat muss sachlich bewertet werden

Auf etwa 40 Prozent der Ackerflächen im Land wird das Unkrautbekämpfungsmittel „Glyphosat“ eingesetzt. Ende des Jahres läuft die Zulassung des Wirkstoffs in der Europäischen Union aus. Eine Neubewertung steht an.

Diese Neubewertung wollen SPD, Grüne und SSW nicht abwarten. Sie fordern in einem Antrag die Landesregierung auf, den Einsatz von Glyphosat selbst im Fall einer erneuten Zulassung stark einzugrenzen. Auf europäischer Ebene solle die Landesregierung sich bis zur Entscheidung über eine erneute Zulassung für ein „Moratorium“ in Form einer befristeten Aussetzung der Zulassung einsetzen. Begründet wird dies mit der Einstufung des Mittels als „wahrscheinlich krebserregend“ im März diesen Jahres durch die Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation .

CDU-Agrarexperte Heiner Rickers wies in seinem Debattenbeitrag darauf hin, dass heißer Matete und die Tätigkeit als Friseur von dieser Agentur ebenfalls als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft würden.

Die unabhängig geführte Bundesagentur für Risikobewertung komme demgegenüber zum Ergebnis, dass der Einsatz von Glyphosat nur dann mit Risiken behaftet sei, wenn es nicht sachgerecht eingesetzt werde. Ein alternativer Antrag der CDU-Fraktion fordert deshalb eine sachliche Debatte und eine unabhängige und ausgewogene Bewertung des Wirkstoffs. Rickers: „Im Vordergrund der Bewertung muss jederzeit der Gesundheits und Verbraucherschutz

stehen. Aber Panikmache brauchen wir nicht“.

Im Übrigen hätten die zuständigen Institutionen in Brüssel die Genehmigung für Glyphosat am 22. September für ein halbes Jahr verlängert, weil die Prüfung länger dauere. Der – acht Tage später gestellte – Antrag der Regierungsfractionen für ein Moratorium sei also reine Symbolpolitik. „Mit diesem Thema läuft die Landesregierung nun einem Zug hinterher, der schon längst abgefahren ist“, so Rickers.

Link zum Antrag der Regierungsfractionen:

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3400/drucksache-18-3409.pdf>

Link zum CDU-Antrag:

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3400/drucksache-18-3470.pdf>

Franzen: Landesregierung schafft eine Zweiklassengesellschaft im Lehrerzimmer CDU fordert: Unterrichtsversorgung vor Lehrerbesoldungsangleichung



Heike Franzen, bildungspolitische Sprecherin

Vor einem halben Jahr schlugen die Pläne von Bildungsministerin Britta Ernst zur Lehrerbesoldung hohe Wellen. Sie will die Lehrer an allen weiterführenden Schulen ab Februar 2016 wie die Pädagogen an Gymnasien nach A13 bezahlen. Grundschullehrer sollen dagegen bei A12 verbleiben. Heute brachte die Ministerin ihre Pläne in den Landtag ein.

„Die Aufmerksamkeit aller Lehrer war und ist ihnen sicher“, sagte die CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen in ihrem Debattenbeitrag.

Laut Franzen ist dieses Gesetz jedoch ein Beispiel dafür, "dass die selbsternannten Hüter der sozialen Gerechtigkeit von SPD, Grünen und SSW mit ihren Phrasen an der Wirklichkeit zerschellen".

Sie zitierte einen Kommentar aus den Lübecker Nachrichten dazu : „Grundschullehrer gehen leer aus – Unsozial – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit? Die frühkindliche Bildung stärken? Die Phrasen der selbsternannten Hüter der sozialen Gerechtigkeit zerschellen an der Wirklichkeit. Sozial kann Politik nur sein, wenn sie solide finanziert ist.“

In die gleiche Kerbe schlug Franzen und machte damit die Position der CDU-Fraktion klar: „Erste Priorität hat für uns die Unterrichtsversorgung. Die muss auf 100 Prozent ausgebaut werden. Das entlastet dann auch unsere Lehrkräfte bei ihrer täglichen Arbeit. Die Angleichung

der Lehrerbesoldung ist für uns der zweite Schritt.“

Die Reform Sorge nicht dafür, dass vergleichbare Studienabschlüsse zu einer vergleichbaren Besoldung führten. „Diese Besoldung bringt keine Ruhe, sondern schafft eine Zweiklassengesellschaft im Lehrerzimmer“, sagte Franzen.

Link zum Gesetz:

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3300/drucksache-18-3380.pdf>

Landtag stimmt fast geschlossen für Olympische und Paralympische Spiele CDU, FDP, SPD, Grüne und SSW beschließen gemeinsamen Antrag



Hans-Jörn Arp, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion

Mit breiter Mehrheit hat sich der Schleswig-Holsteinische Landtag im Vorfeld der Bürger-Abstimmungen in Hamburg und Kiel am 29. November hinter die Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 gestellt.

CDU, FDP, SPD, Grüne und SSW werben in einem gemeinsamen Antrag für ein „großes Fest und eine friedvolle Begegnung der Völker“. Lediglich die Piraten sprachen sich gegen eine Olympia-Bewerbung aus.

Für die CDU hob in Vertretung der erkrankten Sportpolitikerin Barbara Ostmeier der Parlamentarische Geschäftsführer Hans-Jörn Arp die in der Bewerbung liegenden Chancen hervor. So könnten die Spiele auch zu einem Motor für eine nachhaltige Verbesserung der verkehrlichen Infrastruktur werden.

Neben Kiel als Segel-Standort und dem Golfplatz in Gut Kaden bei Alveslohe könnten Kiel und Flensburg auch auf Handballwettbewerbe hoffen. Am Timmendorfer Strand könnten Beachvolleyball und in Norderstedt Schießwettbewerbe ausgetragen werden. „Dies alles belegt, dass Schleswig-Holstein eine Menge zu bieten hat und seinen Teil für die Ausrichtung olympischer und paralympischer Wettbewerbe beisteuert“, so Arp.

Er mahnte allerdings in vier Punkten Nachholbedarf an. So müsse nach einem Zuschlag ein eigener Haushaltstitel für die Durchführung der Wettbewerbe in Schleswig-Holstein geschaffen werden. Zweitens dürfe die Finanzierung der Spiele nicht zu Lasten der Förderprogramme im Bereich Sport gehen. „Der organisierte Sport braucht Planungssicherheit und eine auskömmliche Ausstattung von Fördermitteln“, so Arp. Bei der Kostenteilung müsse

das Verfahren für Schleswig-Holstein drittens analog zu dem in Hamburg sein. Und viertens erwarte die CDU von der Landesregierung eine Darstellung der Kosten sowie eine Aufteilung in Sport und Infrastrukturmaßnahmen. „Neben der Ertüchtigung von Sportstätten wird es auch wesentlich darum gehen, dass bis 2024 dann der Neubau der S4 bis nach Itzehoe, der Ausbau der S21 und auch mit der Fortführung der BAB 20 die westliche Elbquerung bei Glückstadt erfolgen muss“, so Arp.

Link zum Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3400/drucksache-18-3423.pdf>

CDU fordert Stärkung der Freien Berufe in Schleswig-Holstein

Callsen: Nur eine gute Qualität der Dienstleistungen kann den Binnenmarkt und die Innovationsstärke in Europa wirklich unterstützen.



Johannes Callsen, CDU-Wirtschaftsexperte

Einer der Tagesordnungspunkte der heutigen Landtagssitzung war die Stärkung der Freien Berufe in Schleswig-Holstein. Der CDU-Wirtschaftsexperte Johannes Callsen begründete den gemeinsamen Antrag (Link siehe unten) von CDU und FDP. Dabei legte er Wert darauf, dass die hohe Qualität der Freien Berufe bzw. der freiberuflichen Dienstleistungen auch bei einer Vereinheitlichung der Systeme in Europa erhalten bleiben müsse.

„Sie stehen als Ärzte, Hebammen, Psychologen, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Ingenieure, Architekten, Journalisten, Wissenschaftler und viele weitere Berufssparten für eine Kultur von Unternehmertum, für gesellschaftliche Verantwortung und Leistungsbereitschaft. Sie tragen mit ihren hohen Standards zur Wirtschaftskraft in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa bei“, erklärt Callsen.

Er forderte, dass die Landesregierung sich in Brüssel und Berlin dafür einsetze, dass das bestehende System der Gebühren- und Honorarordnung bzw. das Vergütungssystem grundsätzlich erhalten bleibt. Dadurch soll auch zukünftig eine qualitativ hochwertige Leistungserbringung zu transparenten Preisen möglich sein.

Zusätzlich setze sich die Union dafür ein, dass das Fremdkapitalverbot für die Freien Berufe nicht infrage gestellt werde. „Sonst wäre die Unabhängigkeit der Freien Berufe nicht mehr gegeben und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Arbeit der Freien Berufe schwer beschädigt“, befürchtet der wirtschaftspolitische Sprecher.

Hintergrund der Debatte war, dass die europäische Kommission der Meinung ist, dass in Deutschland Markthindernisse und Hürden existierten, die der Erbringung freiberuflicher Dienstleistungen im Wege stünden.

In Schleswig-Holstein gebe es rund 43500 selbstständige Freiberufler, die über 84000 Mitarbeiter und 4400 Auszubildende beschäftigen. Sie erwirtschaften 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und bildeten deutschlandweit den drittgrößten Ausbildungsbereich. Somit stellten die Freien Berufe einen wichtigen Wachstums- und Beschäftigungssektor dar.

Link zum Antrag:

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3300/drucksache-18-3350.pdf>

CDU kritisiert Umsetzung des Bundesprogramms „Kultur macht stark“ in Schleswig-Holstein Sönnichsen: Ohne engagierte Ehrenamtler würde hier nichts ankommen

Von 2013 bis 2017 fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit dem Programm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung.“ außerschulische Angebote der kulturellen Bildung. In dieser Plenartagung hielt Kulturministerin Anke Spoorendonk einen Bericht zur Umsetzung des Programms in Schleswig-Holstein.

Der kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Peter Sönnichsen, bewertete in seinem Debattenbeitrag das Bundesprogramm grundsätzlich positiv und warb für eine Fortsetzung. „Ohne die Beteiligung des Bundes wären die Projekte in Schleswig-Holstein nicht möglich“.

Allerdings bemängelte er die von der Landesregierung in der Umsetzung vorgenommene deutliche Abschwächung des ursprünglich erarbeiteten Konzeptes. Insgesamt würden die ursprünglich beteiligten Ministerien für Soziales und Bildung in der Praxis keine Rolle spielen. „Wo sind eigentlich das Sozial- und das Bildungsministerium nach der Pressekonferenz zu diesem Thema geblieben?“, fragte Sönnichsen.

Kulturelle Bildung komme in den KiTas und Schulen insgesamt zu kurz. Viel zu viel hänge vom begrüßenswerten Engagement Einzelner ab. Der Kulturpolitiker: „Die Landesregierung hat hier viel mehr versprochen. Und das Bündnis bietet auch viel mehr Möglichkeiten, die leider nicht genutzt werden“.

Der CDU-Abgeordnete dankte der Landesvereinigung Kulturelle Kinder & Jugendbildung und ihren Mitgliedsverbänden, sowie den einzelnen Schulen und Kulturschaffenden dafür, dass sie die Projekte mit Leben füllten. „Ohne dieses Engagement würde in Schleswig-Holstein von dieser guten Initiative des Bundes nichts ankommen“.

Link zur schleswig-holsteinischen Seite mit Förderrichtlinien und Antragsformular:

<http://www.kulturmachtstark-sh.de/>

Link zur Homepage des Bundesprogrammes:

<http://www.buendnisse-fuer-bildung.de/>

CDU setzt deutsch-deutsche Geschichte auf die Tagesordnung

Förderung der Grenzdokumentations-Stätte Lübeck-Schlutup wird im Ausschuss beraten



CDU-Kulturexperte Peter Sönnichsen

Der Antrag der CDU-Fraktion auf Förderung der Grenzdokumentations-Stätte Lübeck-Schlutup wird nun im Ausschuss diskutiert. Die Union hat eine Förderung von zunächst 10.000 Euro beantragt. „Angesichts des Anliegens scheint der Betrag von 10.000 € eher gering zu sein. Es ist ein Anfang!“, sagte CDU-Kulturexperte Peter Sönnichsen in der Debatte.

Für junge Menschen sei die Teilung Deutschlands mit Stacheldraht und Selbstschussanlagen kaum noch vorstellbar. „Für sie ist die Einheit selbstverständlich und auch für uns ist sie Normalität geworden. Genau das verpflichtet uns, die die Zeiten des Kalten Krieges miterlebt haben, jedoch, das Wissen um die Teilung für die jungen Menschen zu bewahren und gegen ein Vergessen der Brutalität des SED-Regimes zu kämpfen“, so Sönnichsen.

Andere Bundesländer seien in der Gedankstättenarbeit deutlich weiter. In der Grenzdokumentationsstelle Lübeck Schlutup mühe sich ein ehrenamtlicher Trägerverein nach Kräften, die Aufgaben des Bewahrens und der Erinnerung zu erfüllen.

Das nur zum Teil erhaltene und leider instandhaltungsbedürftige Gebäude erfordere geeignete Maßnahmen. „Die Ausstellung braucht Ergänzung, Aufarbeitung und Pflege. Besucherzahlen müssen gesteigert werden“, forderte Sönnichsen.

Link zum Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3400/drucksache-18-3405.pdf>

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de